

leicht
erklärt!

Politische Stiftungen

Was ist das?



Vorletzte Woche gab es ein wichtiges Gerichts-Urteil.

Dabei ging es um politische Stiftungen.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was sind politische Stiftungen?
- Welche Aufgaben haben sie?
- Warum wird gerade viel über politische Stiftungen gesprochen?



Was sind politische Stiftungen?

Politische Stiftungen sind meist Vereine.

Sie verfolgen verschiedene Ziele.

Zum Beispiel machen sie Bildungs-Angebote oder fördern Studenten und Forscher.

Das Besondere an politischen Stiftungen ist:

Sie arbeiten eng mit Parteien zusammen.



Was sind Parteien?

Parteien sind Gruppen von Menschen. Sie haben sich zusammengetan. Denn sie haben ähnliche Meinungen zu politischen Themen.

Außerdem haben sie ähnliche Ziele. Diese Ziele wollen sie gemeinsam umsetzen.



Parteien sitzen zum Beispiel im Bundestag.

Dort machen ihre Mitglieder Gesetze und treffen andere wichtige Entscheidungen.

Die meisten Politiker in Deutschland gehören zu einer Partei.

Große Parteien in Deutschland sind zum Beispiel: SPD, CDU, die Grünen, FDP, AfD, CSU, die Linke

Welche politischen Stiftungen gibt es?

Jede dieser Parteien hat eine politische Stiftung, mit der sie eng zusammenarbeitet.

- SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung
- CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung
- die Grünen: Heinrich-Böll-Stiftung
- FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung
- AfD: Desiderius-Erasmus-Stiftung
- CSU: Hanns-Seidel-Stiftung
- die Linke: Rosa-Luxemburg-Stiftung



Die Stiftungen wurden von Mitgliedern der Parteien gegründet.

Die Stiftung und ihre Partei haben darum ähnliche Ziele.

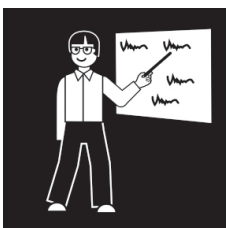
Und sie haben ähnliche Meinungen zu bestimmten Themen.

Was machen politische Stiftungen?

Die politischen Stiftungen haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

Politische Bildung



Die Stiftungen sollen den Bürgern dabei helfen, sich mit politischen Themen zu beschäftigen.

Das mache sie auf ganz unterschiedliche Weise.

Zum Beispiel:

Sie bringen Hefte und Bücher mit Infos zur Politik heraus.

Sie machen Vorträge, Kurse und andere Veranstaltungen.

Jedes Jahr machen die Stiftungen viele Tausend Angebote.

Und viele Hunderttausend Menschen nutzen diese Angebote.

Förderung von Studenten



Die Stiftungen helfen bestimmten Studenten bei ihrem Studium. Und zwar, indem sie ihnen Geld geben.

Dadurch haben die Studenten dann zum Beispiel mehr Zeit für ihr Studium.

Denn sie müssen nicht nebenher Geld verdienen.



Beratung von Politikern

Die Stiftungen beraten Politiker bei ihrer Arbeit.

Außerdem bieten sie Veranstaltungen an, in denen Politikerer Fach-Wissen lernen können.



Büchereien und Akten-Sammlungen

Die Stiftungen haben eigene Büchereien.

Und sie sammeln wichtige Dokumente.

Vor allem Dokumente der Parteien, mit denen sie zusammenarbeiten.

Studenten und Forscher können diese Sammlungen für ihre Arbeit nutzen.



Arbeit in anderen Ländern

Die Stiftungen haben auch Mitarbeiter im Ausland.

Die Aufgabe dieser Mitarbeiter ist: Sie sprechen dort mit Politikern, Vereinen, Firmen und anderen wichtigen Gruppen und Personen.

So soll der Austausch zwischen Deutschland und anderen Ländern gefördert werden.



Woher bekommen die politischen Stiftungen ihr Geld?

Die politischen Stiftungen bekommen ihr Geld vor allem vom Staat.

In den letzten Jahren haben die Stiftungen pro Jahr zusammen ungefähr 650 Millionen Euro bekommen.

Eine Ausnahme ist die Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Dazu steht später im Text noch mehr.

Kritik an Stiftungen

Die politischen Stiftungen spielen in der Politik eine wichtige Rolle.

Mit ihrer Arbeit erreichen sie viele Menschen.



Und zwar Bürger.
Aber auch Politiker.
Viele Menschen finden diese Arbeit gut.
Es gibt an den Stiftungen aber auch immer wieder Kritik.
Hier ein paar Beispiele dafür:

Geld vom Staat



Manche Kritiker finden es nicht gut, dass die Stiftungen vom Staat bezahlt werden.
Sie sagen: Die Stiftungen gehören zu den Parteien.
Also sollen die Parteien sie auch selbst bezahlen.

Infos über Ausgaben



Die politischen Stiftungen bekommen ihr Geld vom Staat.
Also letztlich von den Bürgern Deutschlands.
Die Stiftungen werden von verschiedenen Ämtern überwacht.
Diesen Ämtern müssen sie Infos darüber geben, wofür sie das Geld ausgegeben haben.
Kritiker sagen aber:
Diese Infos sind nicht genau genug.
Und sie sind für normale Bürger nur schwer zu verstehen.
Sie fordern:
Die politischen Stiftungen müssen genau sagen, was sie mit ihrem Geld machen.
Und zwar so, dass jeder Bürger es verstehen kann.

Abstand zu den Parteien



Jede politische Stiftung arbeitet mit einer Partei zusammen.
Trotzdem gilt die Regel:
Die Stiftung und die Partei müssen unabhängig voneinander sein.
Das bedeutet zum Beispiel:



Personen mit wichtigen Ämtern in der Partei dürfen keine wichtigen Ämter in der Stiftung haben.
Oder auch: Die Stiftungen dürfen bei Wahlen keine Werbung für ihre Partei machen.
Kritiker sagen aber: Die Trennung von Stiftung und Partei funktioniert nicht gut genug.
Als Gründe nennen sie zum Beispiel:
Die Stiftungen werden meist von Politikern ihrer Parteien geleitet.
Immer wieder wird den Stiftungen vorgeworfen, dass sie doch Werbung für ihre Partei machen.

Streit um die Desiderius-Erasmus-Stiftung

Vor 2 Wochen waren die politischen Stiftungen wieder häufiger in den Nachrichten.
Das Bundes-Verfassungs-Gericht hat nämlich ein Urteil zu den Stiftungen gefällt.
Das Bundes-Verfassungs-Gericht ist das höchste Gericht in Deutschland.
Bei dem Urteil ging es um Folgendes:
Die Desiderius-Erasmus-Stiftung ist die politische Stiftung, die mit der AfD zusammenarbeitet.
Auch sie wollte in den letzten Jahren Geld vom Staat haben.
Der Bundestag hat aber entschieden:
Sie bekommt kein Geld.
Und zwar als einzige politische Stiftung.
Dagegen hat die AfD vor dem Bundes-Verfassungs-Gericht geklagt.



Was hat das Gericht entschieden?

Im Urteil vor 2 Wochen ging es nur um die Stiftungs-Gelder für das Jahr 2019.
Dazu hat das Bundes-Verfassungs-Gericht entschieden:

Es war nicht in Ordnung, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung in diesem Jahr kein Geld bekommen hat.

Denn: Parteien müssen gleich behandelt werden.

Es kann davon zwar auch Ausnahmen geben.

Die müssen aber gut begründet sein. Und sie müssen in einem Gesetz festgelegt werden.

Ein solches Gesetz gibt es bisher aber nicht.

Das muss geändert werden. Zumindest, wenn der Bundestag einzelnen politischen Stiftungen kein Geld geben will.



Wie geht es jetzt weiter?

Der Bundestag muss nun mit einem Gesetz regeln, wann politische Stiftungen Geld bekommen. Und welche Regeln dabei gelten.

Experten gehen davon aus: In dem Gesetz wird auf jeden Fall eine Regel stehen.

Und zwar:

Politische Stiftungen bekommen nur Geld, wenn sie sich an die wichtigsten Regeln aus dem Grund-Gesetz halten.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz von Deutschland.

Durch diese Regel wird die Desiderius-Erasmus-Stiftung dann vielleicht weiter kein Geld bekommen.

Denn es gibt immer wieder Zweifel, ob sie sich an diese Regeln aus dem Grund-Gesetz hält.

Bis das Gesetz fertig ist, wird es aber noch ein bisschen dauern.



Kurz zusammengefasst

Politische Stiftungen sind meist Vereine.

Sie machen zum Beispiel Angebote, bei denen man sich über Politik informieren kann.

Oder sie vergeben Förder-Gelder an Studenten und Wissenschaftler.

Jede politische Stiftung arbeitet mit einer politischen Partei zusammen.

Die Stiftung und die Partei haben immer ähnliche Ziele und eine ähnliche Sicht auf bestimmte Themen.

Sie müssen aber voneinander unabhängig sein.

Bezahlt werden die Stiftungen vom Staat.

Viele Menschen finden die Arbeit der politischen Stiftungen wichtig.

Aber es gibt auch Kritik.

Zum Beispiel, wenn die Stiftungen nicht genau sagen, was sie mit ihrem Geld machen.

Vor 2 Wochen gab es ein Gerichts-Urteil zu den Stiftungen.

Dabei ging es um die Frage, nach welchen Regeln politische Stiftungen Geld vom Staat bekommen.

Das Gericht hat gesagt: Die Regeln sind nicht ausreichend.

Der Bundestag muss deswegen nun ein neues Gesetz dafür machen.



Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig,
Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / dpa / Soeren Stache. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 10-11/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 20. März 2023.